

## Thurgau will Frühfranzösisch abschaffen

Weil die Schüler überfordert seien, will das Thurgauer Kantonsparlament den Französischunterricht in der Primarschule abschaffen und auf die Sekundarschulstufe I verschieben. Der Grosse Rat will das Thurgauer Volksschulgesetz ändern und einen neuen Artikel einfügen, in dem es heisst: «Französisch wird erst auf der Sekundarstufe I unterrichtet.» Das Parlament stimmte gestern nach einer mehrstündigen emotionalen Debatte mit 68:53 Stimmen für Eintreten auf diese Änderung des Volksschulgesetzes. Das letzte Wort zur Abschaffung des Frühfranzösisch hat voraussichtlich das Volk. (sda)

## Keine Mehrkosten für den Bund im Asylbereich

Der Bund muss nicht zehn Jahre lang für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zahlen. Der Nationalrat lehnte den Vorstoss des Aargauer FDP-Ständerats Philipp Müller mit 139:43 Stimmen ab. Seine Motion ist damit vom Tisch. Heute zahlt der Bund während fünf Jahren für anerkannte Flüchtlinge und während sieben Jahren für vorläufig Aufgenommene. Er überweist den Kantonen jedes Jahr Pauschalen im Umfang von mehr als einer Milliarde Franken. Nach dem Willen des Ständerates sollte er künftig während zehn Jahren die vollen Kosten tragen, was zu Mehrausgaben von 400 bis 500 Millionen Franken geführt hätte. (sda)

## Swisscom bleibt in Staatsbesitz

Die Swisscom soll nicht privatisiert werden. Der Nationalrat hat gestern eine Motion der Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli deutlich abgelehnt. Der Entscheid fiel mit 114:55 Stimmen. Rickli plädierte für eine vollständige Privatisierung anstelle der «Pseudoliberalisierung». Zur Diskussion stand auch, die Swisscom in eine öffentliche Netzgesellschaft und eine private Dienstleistungsfirma aufzuteilen. Der Nationalrat lehnte auch diesen Vorstoss ab – mit 161:29 Stimmen. (sda)



Geschlossener Briefkasten an einer geschlossenen Poststelle: Der Widerstand gegen den Abbau von weiteren 600 Poststellen zwingt den Bundesrat zum Handeln.

Bild Georgios Kefalas/Keystone

# Bundesrat beugt sich Protesten

Die Regierung will die Kritiker des Poststellenabbaus besänftigen. Der Bundesrat lässt nun prüfen, ob der Abbau in diesem Ausmass nötig ist.

von Daniel Ballmer

Für Daniela Schneeberger steht fest: «Die Liberalisierung der Post soll der Bevölkerung und der Schweizer Wirtschaft Nutzen bringen», betont die Baselbieter FDP-Nationalrätin. Mittlerweile aber traue offensichtlich nicht einmal mehr der Bundesrat den Abbauplänen der Konzernspitze. Um wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen, will der Gelbe Riese bis 2020 gegen 600 Poststellen dichtmachen. Noch ist in vielen Kantonen völlig unklar, welche Filialen betroffen sein werden. Doch der Widerstand wächst – auch auf Bundesebene. Zahlreiche Vorstösse sind im Parlament eingereicht worden, um einen Kahlschlag zu verhindern.

### Eine Bedürfnisabklärung

Bisher hat sich der Bundesrat vorbehaltlos hinter die Pläne der Post gestellt. Nun aber sind plötzlich neue Töne zu hören: «Der Bundesrat ist sich bewusst, dass der Umbau des Postnetzes in Bevölkerung, Wirtschaft und Politik auf Widerstand stösst und als Leistungsabbau in der Grundversorgung wahrgenommen werden kann», schreibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation von Schneeberger. Und weiter: «In einigen Kantonen und Randregionen ist grosser Unmut erkennbar.» Gerade in den ländlichen Regionen regt sich Widerstand.

Das scheint auch beim Bundesrat Bedenken geweckt zu haben. Er hat nun beim zuständigen Bundesamt für Kommunikation (Bakom) eine Studie in Auftrag gegeben. Die soll einerseits aufzeigen, wie die Postfilialen in der Schweiz genutzt werden. Gleichzeitig umfasse sie eine Bestandaufnahme der Zufriedenheit in der Bevölkerung mit der Grundversorgung sowie eine Bedürfnisabklärung, erklärt Bakom-Sprecherin Silvia Canova. Eine Stichprobenwahl soll dabei repräsentative Aussagen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Die Studienergebnisse dürften im Herbst vorliegen. Bis dahin verfolge man die Massnahmen der Post aufmerksam. Canova: «Aufgrund der Studienergebnisse entscheidet der Bundesrat dann über allfällige Anpassungen an den gesetzlichen Vorgaben an die Post.» Heute schreibt die Postverordnung vor, dass 90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eine Poststelle oder eine Agentur innert 20 Minuten sowie die Barzahlungsverkehrsdienstleistungen innert 30 Minuten erreichen müssen. Diese Mindestvorgaben sind im Februar auch von der Nationalratskommission für Verkehr und Fernmeldewesen infrage gestellt worden.

### Nutzen einer Studie angezweifelt

Die nun vom Bundesrat angekündigte Studie kann die Kritiker indes nicht beruhigen: «Ich halte wenig von Studien. Taten wären mir lieber», sagt der

# 90

## Prozent

... der ständigen Schweizer Wohnbevölkerung müssen eine Poststelle oder eine Agentur zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln **innert 20 Minuten erreichen können.**

### Online-Ausfall während mehrerer Stunden

Zahlreiche Online-Dienste der Post und von Postfinance sind gestern ab 10 Uhr während mehrerer Stunden ausgefallen: Die Störung konnte am Nachmittag «mehrheitlich» wieder behoben werden, wie das Unternehmen mitteilte. Was zum Ausfall geführt hatte, ist noch unklar. «Die genaue Ursache der Panne ist zurzeit noch nicht abschliessend geklärt», schrieb die Post gestern Nachmittag auf ihrer Internetseite. **An einen Hackerangriff glaubt die Post allerdings nicht:** Sie gehe nicht von einer Fremdeinwirkung aus, heisst es in der Mitteilung. Und die Datensicherheit sei ebenfalls jederzeit gewährleistet gewesen. (sda)

Baselbieter SVP-Nationalrat Thomas de Courten. «Der Bund muss als Eigentümer der Post endlich Verantwortung übernehmen. Er schiebt das Ganze aber nur auf die lange Bank.» In der Zwischenzeit werde die Grundversorgung weiter ausgehöhlt. Mehrfach war im Bundesparlament ein Marschall beim Abbau von Postfilialen gefordert worden. «Damit schafft die Post Fakten», findet auch FDP-Nationalrätin Schneeberger. Schliessungen seien nachträglich kaum mehr rückgängig zu machen. Eine Studie nütze da kaum etwas. Die Skepsis bleibt daher gross.

### Hintertürchen für die Post

Tatsächlich scheint der Bundesrat der Post ein Hintertürchen offenzuhalten: So weist er darauf hin, dass eine stärkere Berücksichtigung regionaler Kriterien und Bedürfnisse zur Ausdehnung des Versorgungsgrades und damit höheren Kosten führen würde. «Die langfristige Finanzierung der Grundversorgung wäre allenfalls gefährdet», sagt Bakom-Sprecherin Canova. Die Kritiker sehen sich damit bestätigt: «Der Bundesrat weigert sich geradezu, Verantwortung zu übernehmen», meint de Courten. Das Handeln der Post sei zu sistieren, ergänzt Schneeberger. Der Bundesrat müsse rasch handeln. Notfalls müsse ihn das Parlament dazu bringen, «sonst verliert die Post-Liberalisierung endgültig die Glaubwürdigkeit und die Unterstützung in der Bevölkerung».

# Mehr Geld für den Verkehr in den Regionen

Der regionale Personenverkehr erhält in den nächsten vier Jahren mehr Bundesgeld als vorgesehen. Der Nationalrat hat gestern den Entscheid des Stöcklis bestätigt. Damit stehen über vier Milliarden aus dem Bundesbudget zur Verfügung.

von Charlotte Waiser

Der Bundesrat wollte zwischen 2018 und 2021 rund 3,96 Milliarden Franken für regionale Bahn- und Buslinien ausgeben. Das wären zwei Prozent mehr gewesen als in der aktuellen Periode. Die Räte beschlossen nun, den Verpflichtungskredit um weitere 144 Millionen auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Damit entschieden sie im Sinne der Kantone und der Bahnunternehmen.

Die Befürworter der Aufstockung aus den Reihen von CVP, BDP, SP und Grünen hoben die Bedeutung des regionalen Personenverkehrs hervor. Das Angebot müsse ausgebaut werden können, sagte der Bündner Martin Candinas (CVP) im Namen der Verkehrskom-



«Ohne Aufstockung würden die Billettpreise des öffentlichen Verkehrs steigen.»

Martin Candinas  
Bündner CVP-Nationalrat

mission. Die Nachfrage steige jährlich um vier bis fünf Prozent.

Die ungedeckten Kosten lägen bei 880 Millionen Franken, gab Candinas zu bedenken. Wenn Bund, Kantone und Transportunternehmen sie weiterhin zu gleichen Teilen tragen wollten, müsse der Bundesbeitrag erhöht werden. Ohne Aufstockung würden die Billettpreise steigen, warnte er. Da sei der Bevölkerung nicht zuzumuten, befanden auch die Berner Ingrid Rytz (Grüne) und die Thurgauerin Edith Graf-Litscher (SP).

### Knappe Bundesfinanzen

Die Gegner aus den Reihen von SVP, FDP und GLP wiesen auf die Lage der Bundesfinanzen hin. Zusätzliche Ausgaben könne sich der Bund nicht leis-

ten. Solche seien aber auch nicht nötig für ein gutes Angebot. Die Bahn- und Busunternehmen müssten viel mehr ihre Effizienz und Wirtschaftlichkeit steigern.

Verkehrsministerin Doris Leuthard zeigte für die Forderungen der Kantone und des Verbandes öffentlicher Verkehr nach zusätzlichen 144 Millionen Franken kein Verständnis. Für das Bundesfinanzen sei eine Aufstockung problematisch. «Wir haben alle zusammen eine Verantwortung für das Bundesbudget», stellte die Bundespräsidentin fest. Zusätzliche Mittel für den regionalen Personenverkehr müssten beim Bahninfrastrukturfonds eingespart werden. Der Rat sprach sich dennoch dafür aus, mit 98:92 Stimmen bei einer Enthaltung.

Unbestritten war in beiden Räten, dass S-Bahn-Angebote, Regionalzüge und regionale Buslinien reg genutzt werden. Die Bundesgelder sollen neue Angebote ermöglichen, zu denen unter anderem die Linie Mendrisio-Varese und neue Elemente der S-Bahn im Aargau, Waadtland, in Zürich und in der Ostschweiz gehören. Zudem soll das Rollmaterial weiter modernisiert werden.

Die jährlichen Kredite muss das Parlament trotzdem weiterhin jeweils im Rahmen der alljährlichen Budgetberatungen freigeben. In den letzten Jahren sind die Beiträge des Bundes kontinuierlich gestiegen. Gab der Bund 2008 noch 750 Millionen Franken für den Regionalverkehr aus, waren es 2015 bereits 918 Millionen Franken. (sda)